



Imago

Bahnhof Mailand: Ziel ist es, die Internet-Verbindung zu verbessern.

Internet

Italien testet Starlink in Schnellzügen

Laut Verkehrsminister Salvini läuft derzeit ein Test. Der Zugbetreiber hält sich zurück.

Rom. Der italienische staatliche Bahnbetreiber Ferrovie dello Stato (Fs) testet derzeit Starlink-Internet in seinen Hochgeschwindigkeitszügen. Das teilte der italienische Verkehrsminister Matteo Salvini von der rechtspopulistischen Lega-Partei am Wochenende mit. Ziel der Tests ist es, die Internet-Verbindung für Zugpassagiere auf der Hochgeschwindigkeitsroute zwischen Mailand und Rom zu verbessern.

Laut Salvini ist ein zweiwöchiger Test mit zwei Unternehmen, die das Internet in die Züge bringen sollen, bereits angelaufen. Eines dieser beiden Unternehmen ist demnach Elon Musks Unternehmen Starlink. Starlink ist Teil von Musks Raumfahrtunternehmen SpaceX, das über sein Satellitennetzwerk weltweiten Zugang zu schnellem Internet anbietet.

Fs reagierte verhalten auf Salvinis Aussagen und teilte lediglich mit, dass die Gruppe derzeit in Projekte investiere, um die Verbindung in den Zügen zu verbessern. „Mögliche Experimente, die auch Starlink-Satelliten für Projekte einbeziehen könnten, werden derzeit bewertet und analysiert.“

Gleichzeitig ließ Fs wissen, dass zu den Anbietern, die den WLAN-Service an Bord der Züge sicherstellen, das Unternehmen Icomera gehöre, das Starlink in seine Systeme integriert habe. Bei den Tests geht es allerdings um eine direkte Versorgung der Züge durch die Starlink-Technologie, ohne zwischengeschaltete Unternehmen. Das schreibt die italienische Zeitung „La Stampa“, die zuerst über die Nutzung von Starlink in den Fs-Zügen berichtet und damit die Kommentare von Salvini provoziert hatte.

Salvini sagte, dass er – im Falle eines positiven Ergebnisses der laufenden Tests – einen Vertrag zwischen Starlink und Fs befürworte. Sein Engagement in der Frage wird von italienischen Zeitungen kritisch gesehen, weil Salvini zuletzt versucht hatte, politisches Kapital aus seiner Verbindung zu SpaceX-Eigentümer Musk zu schlagen. So hatte Musk bei einem wichtigen Kongress der Lega Anfang Mai einen digitalen Gastauftritt, der offenbar dazu diente, Salvinis internationale Relevanz und seine Beziehungen in die USA zu unterstreichen. Virginia Kirst

Julia Beil Berlin

Für den US-Präsidenten Donald Trump ist das, was hinter dem Akronym DEI steckt, ein Feindbild. Trump verordnete gleich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, dass alle Initiativen der amerikanischen Verwaltungen im Bereich „Diversity, Equity & Inclusion“ gestrichen werden sollten, die verantwortlichen Beamten beurlaubte er. Auch von einigen europäischen Unternehmen verlangte die Trump-Administration per Brief, ihre DEI-Ziele zu streichen.

Unter dem Druck aus den USA knickte wohl auch Softwarehersteller SAP ein. Im Mai kassierte der Konzern zentrale Elemente der internen

Diversität

„Trump ist gerade eine gute Ausrede“

Immer mehr Unternehmen fahren unter dem Druck aus den USA ihre Diversitätsziele zurück. Doch Donald Trump dürfte nicht der einzige Grund sein, warum es um Diversity stiller wird.



Donald Trump, Demo in New York: Der US-Präsident hat verordnet, dass DEI-Ziele gestrichen werden müssen.

Diversitätspolitik. Auch der Autobauer Volkswagen will die Diversitätsziele der US-Tochtergesellschaften bei künftigen Berechnungen nicht mehr einbeziehen, laut Rechtsvorstand Manfred Döss aus „regulatorischen Gründen“. Und T-Mobile US, Tochter der Deutschen Telekom, strich Anfang April weitgehend alle Diversitätsbemühungen.

Es handelt sich dabei um nachvollziehbare Entscheidungen der Konzernchefs, sagt Ralf Lanwehr, Professor für Management an der Fachhochschule Südwestfalen. Als Topmanagement nicht auf entsprechende Wünsche aus den USA zu reagieren, wäre fahrlässig – gerade bei Unternehmen wie SAP oder T-Mobile, die Geschäfte mit der US-Bundesverwaltung machen.

Aber: Nicht jedes Unternehmen, das gerade seine Diversitätsbemühungen zurückschraubt, sei dazu gezwungen. Vielmehr stünden zahlreiche Topmanagements in Wahrheit gar nicht mehr hinter den DEI-Bestrebungen ihrer Unternehmen. Denn: Was Vorstände und CEOs früher gern an Initiativen durchgewunken hätten, weil es zunächst nicht viel kostete und sie in einem positiven Licht erscheinen ließ, werde zunehmend aufwendiger und teurer.

Längst impliziere DEI nicht mehr bloß einen höheren Frauenanteil. Es schließe Dimensionen wie soziale Herkunft, LGBTQ oder das Thema „Unconscious Bias“ ein, also unbewusste Vorurteile gegenüber anderen Geschlechtern oder Ethnien. „Um diese Komplexität wieder loszuwerden, ist Donald Trump gerade für viele Managements eine gute Ausrede“, sagt Lanwehr. Zumal die Initiativen



Reuters, Corbis News/Getty Images